

Wie Bildung gegen Ausgrenzung und Radikalisierung hilft

Ein Lehrgang für Imame und muslimische Betreuungspersonen in Zürich soll zu einem besseren Zusammenleben beitragen.

Reto Zanettin

ZÜRICH. Lusiana hat, wie sie den SN angibt, keinen Nachnamen. Sie trägt ein Kopftuch, spricht gut Deutsch und bildet sich gerade weiter. Es ist ein Kurs, der sich an Imame und muslimische Betreuungspersonen wie Lehrkräfte, Gruppenleitende und Beraterinnen richtet. In dieser Unterrichtseinheit geht es um die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Giacomo Dallo vom Verein Offene Jugendarbeit Zürich leitet die Stunde. Lusiana sagt: «Wir lernen, wie wir unsere Arbeit besser strukturieren und mit den knappen Ressourcen umgehen sollen. Und wir können direkt aus dem Kurs anwenden, wie wir den Bedarf der jungen Menschen erkennen und wie wir auf sie zugehen können.»

Ismailj Alili besucht die Weiterbildung, die in der Paulus-Akademie in Zürich stattfindet, ebenfalls. Er ist seit 2005 Imam und Religionslehrer in Winterthur. «Ich profitiere von diesem Kurs», sagt er. Das Gelernte wolle er in seiner Gemeinde verbreiten.

Nicht nur Jugendarbeit steht auf dem Kursprogramm, das insgesamt acht Unterrichtstage umfasst. Es geht unter anderem auch um «Proaktive Kommunikation und Nachbarschaftspflege», «Islamische Theologie im Schweizer Kontext», «Diskriminierungsschutz» und «Prävention von Radikalisierung».

Ismailj Alili ist überzeugt: «Dieser Kurs fördert das Zusammenleben und die Teilhabe von muslimischen Gemeinschaften. Er wirkt gegen Ausgrenzung.»

Ausgrenzung und Radikalisierung

«Zürich-Kompetenz», unter diesem Label läuft der Lehrgang offiziell, ist ein Projekt des Kantons Zürich, der Universität Fribourg sowie des Dachverbands islamischer Organisationen Zürich (Vioz). Als dieses 2021 gestartet wurde, bezeichnete die Züricher Justizdirektorin Jacqueline Fehr die Imame und muslimischen Betreuerinnen und Betreuer als Schlüsselpersonen. «Sie haben eine zentrale Rolle für die muslimische Gemeinschaft und damit für die Gesamtgesellschaft und für den Staat.»

Jene muslimische Gemeinschaft ist die grösste nicht-christliche Religionsgemeinschaft der Schweiz. Laut offizieller Statistik leben inzwischen über 400 000 Muslime und Musliminnen in der Schweiz, nicht wenige sind hier geboren und aufgewachsen. An einzelnen Ereignissen zeigt sich jedoch, dass das Zusammenleben bisweilen schwierig ist. Aufgefallen ist zum Beispiel ein Imam der An'Nur-Moschee in Winterthur. Er wurde 2018 verurteilt, nachdem er zu Gewalt aufgerufen und Gewalt darstellende Bilder auf Facebook geteilt hatte. Zudem kennt die Schweiz seit 2009 ein Minarettverbot, und vor etwas mehr als zwei Jah-



ren hat sie ein Verhüllungsverbot in die Bundesverfassung aufgenommen. Walter Wobmann, SVP-Politiker und Kopf des Initiativkomitees zum «Burkaverbot», sagte den SN: «Wogegen ich mich wehre, das ist der radikale, politische Islam. Burka und Niqab sind Symbole dafür und für Unfreiheit. Deswegen gehören sie in unserer demokratischen, liberalen Ordnung verboten.» Ferner war ebenso von «Stoffgefängnissen» für Frauen die Rede.

Die Schweiz hat somit Erfahrung mit Radikalisierung, wie das Beispiel der Winterthurer An'Nur-Moschee zeigt, und mit dem Ausschluss von Minaretten und Schleiern.

Myrta Grubenmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Zürcher Justizdirektion, sagt: «Es gibt Signale von Ablehnung, besonders gegen einen sichtbaren Islam. Die öffentliche Kritik erschwert die Arbeit in den muslimischen Gemeinschaften und erfordert viel Aufklärungsarbeit.» Im Kurs werde vermittelt, wie den öffentlichen Ansprüchen begegnet werden könne.

Auch für Vioz-Präsident Abduselam Halilovic ist klar: «In der Vergangenheit gab es politische Signale von Ablehnung.» Zudem hätten die Medien tendenziell negativ über den Islam berichtet. «Weiterbildungsangebote wirken als Gegenpol zu solcher Ausgrenzung.»

Halilovic deutet eine integrative Wirkung von spezifischen Weiterbildungen wie jene von «Zürich-Kompetenz» an: «Muslimische Gemeinschaften können sich ver-

Kursleiter Giacomo Dallo vom Verein Offene Jugendarbeit Zürich führt die Weiterbildungsteilnehmenden in die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein.

BILD RZA

«Es gibt Signale von Ablehnung, besonders gegen einen sichtbaren Islam.»

Myrta Grubenmann
Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Zürcher Justizdirektion

netzen, am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen und Wertschätzung gegenüber anderen zeigen.» Das wolle man vermitteln und damit «eine Alternative schaffen zu Radikalisierung Einzelner, die sich ausgeschlossen fühlen».

Grubenmann ordnet ein: «Wir führen keine Weiterbildung durch, um Radikalisierung vorzubeugen.» Aber: «Die gesellschaftliche Teilhabe von Musliminnen und Muslime steht im Zentrum. Und wenn Menschen gesellschaftlich teilhaben können, radikalisieren sie sich auch weniger.»

Somit sehen Grubenmann und Halilovic in der Weiterbildung – auch, aber nicht nur – ein Mittel, das direkt oder indirekt gegen Radikalisierung und Ausgrenzung wirken kann.

Kontrastprogramm der SVP

Das Kontrastprogramm zu Grubenmann und Halilovic liefert die SVP. Ein Positionspapier, das die Partei formuliert und ins Internet gestellt hat, befasst sich mit religiös gekleidetem politischem Extremismus. Darin heisst es unter anderem: «Der Islamismus breitet sich wie ein gefährliches Virus über unsere Gesellschaft aus.»

Die Partei hat deswegen ein Verbot für ausländische Imame und Seelsorger sowie «griffigere Instrumente für die Verhinderung von Terror» gefordert. Solche seien im Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) enthalten, zu dem eine Mehrheit der

Stimmenden im Juni 2021 Ja gesagt hat. Es erlaubt zum Beispiel Kontakt- oder Ausreiseverbote sowie Hausarreste – Massnahmen, die es laut dem Bundesrat braucht, «um eine radikalisierte Person von terroristischen Straftaten abzuhalten».

Amir Dziri ist Professor für Islamische Studien an der Universität Freiburg und leitet das Projekt «Zürich-Kompetenz» mit. Dziri beobachtet: «Wir leben in der Schweiz in einer zusehends pluralistischen Gesellschaft.» Ein Umgang damit sei die Ausgrenzung einzelner Gruppen. «Ein anderer besteht in positiver, konstruktiver Gestaltung. Dazu zählt die Ausbildung von Imamen und muslimischen Betreuungspersonen.»

Freilich kennt der Islamwissenschaftler die Rechtslage in der Schweiz, namentlich das PMT-Gesetz. Verschiedene Ansätze gegen Radikalisierung schlossen sich nicht zwingend aus, sagt er. «Die Weiterbildung jedoch dient einer weitsichtigen und langfristigen Kohäsion, die es den Teilnehmenden erlaubt, sich ideologischen Stimmen entgegenstellen zu können.»

«Ein erster Impuls»

Eine kritische Haltung zum Kurs nimmt Rochus Burtscher ein, der für die SVP im Zürcher Kantonsrat politisiert. Er schickt voraus: «99 Prozent der Musliminnen und Muslime sind sehr gut integrierte, hilfsbereite Menschen. Auch die allermeisten Imame werden so sein. Doch das eine andere Prozent macht das Zusammenleben schwierig.»

Muslime lebten oft stark in ihrer Tradition verwurzelt. «Sie haben die Aufklärung weitgehend nicht mitgemacht. Insofern muss man damit rechnen, dass sie Schweizer Gesetze nach ihren Vorstellungen zu rechtbiegen.» Es dürfe aber nicht sein, dass Frauen weniger gut behandelt werden als Männer. «Folglich müssten Imame, welche in der Schweiz eine Ausbildung durchlaufen, hier geboren sein oder zumindest sehr lange bei uns gelebt haben.»

Für Burtscher ist der Lehrgang an der Paulus-Akademie ein Tropfen auf den heissen Stein. «Besser wäre es, wenn man den Imamen Schweizer Werte wie die Gleichberechtigung von Frau und Mann beibringen würde.» Ob das in acht Kurstagen gelinge, sei allerdings sehr fraglich. «Eine Gefahr ist somit, dass Schweizer Werte falsch aufgefasst, interpretiert und vermittelt werden. Und so können radikale Tendenzen verstärkt werden.»

Anders als Rochus Burtscher fasst Amir Dziri den Kurs, den Lusiana und Ismailj Alili besuchen, als einen ersten Impuls. «Aber es ist wichtig, loszulegen. Die Teilnehmenden sind in Vereinen und Gemeinschaften engagiert, sie tragen das Wissen und die Haltung aus dem Kurs in die Breite.»

Fusion rückt näher

Der Nationalrat lehnt eine sofortige Zusammenlegung von Zivilschutz und Zivildienst ab. Doch die Idee stösst auf Anklang.

Reto Wattenhofer

BERN. Dem Zivilschutz und der Armee fehlt es zunehmend an Personal. Der Bundesrat möchte Gegensteuer geben und prüft zwei alternative Varianten der Dienstpflicht. Aufhorchen lässt vor allem die «bedarforientierte Dienstpflicht». Dabei sieht der Bundesrat vor, dass die Dienstpflicht auf Frauen ausgedehnt wird. Konkret: Frauen müssten in die Rekrutenschule oder im Zivilschutz Dienst leisten. Auch der zweite Vorschlag hat es in sich. Der Bundesrat möchte bis Ende 2024 prüfen, ob Zivilschutz und Zivildienst zu

einer neuen Organisation fusioniert werden sollen. Die sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates möchte dafür sorgen, dass der Bundesrat die beiden Organisationen sofort in eine einzige Organisation zusammenlegt. Die Aussichten bei den Zivilschutzbeständen seien düster, warnte Mauro Tuena (SVP/ZH) im Namen der Kommission. «Die Zeit drängt.»

Obwohl der Unterbestand beim Zivilschutz einzig von der Ratslinken bestritten wird, fand der Vorschlag gestern keine Mehrheit. Das lag an der Mitte. Eine sofortige Fusion sei ein klassischer Schnellschuss, argumentierte Ida Glanzmann (LU).

Skeptisch zeigte sich auch Verteidigungsministerin Viola Amherd. Die Motion würde «überhaupt keinen Zeitgewinn» bringen, sondern verzögere die laufenden Arbeiten. Nach den Voten im

Nationalrat zu urteilen, dürfte das Parlament am Ende jedoch für eine Fusion von Zivilschutz und Zivildienst stimmen. Allerdings ist der Weg bis zur Umsetzung lang. Weil die Verfassung geändert werden müsste, würde das Volk in jedem Fall das letzte Wort haben. Darauf wies auch Fabien Fivaz (Grüne/NE) hin, der sich gegen eine Zusammenlegung aussprach. Das Stimmvolk habe sich einst deutlich für den Zivildienst ausgesprochen. Er verwies auch auf dessen unverzichtbaren Einsatz im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Das Ansinnen ist nicht neu. Die Kommission des Ständerates hatte entsprechende Pläne schon früher gewälzt, diese aber wieder fallengelassen. Die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr der Kantone hatte einen Zusammenschluss gar bereits 2019 ins Spiel gebracht.

Nach Ständeratsentscheid: Asylcontainer sind vom Tisch

BERN. Im Asylpingpong hat sich der Ständerat durchgesetzt. Nach einem langen Hin und Her hat er gestern den Kredit für die Containerdörfer für Asylsuchende definitiv versenkt. Mit 23 zu 19 Stimmen lehnte er den Vorschlag der Einigungskonferenz ab, 66 Millionen Franken dafür zu sprechen. Damit hatte Elisabeth Baume-Schneider bis im Herbst 1500 Plätze für Asylsuchende schaffen wollen. Ursprünglich hatte die Justizministerin 132 Millionen für 3000 Plätze beantragt. Die SP-Bundesrätin muss sich jetzt nach Alternativen umsehen. Der Bund rechnet in diesem Jahr mit bis zu 40 000 Asylgesuchen.

Wortführer der ständerätlichen Nein-Fraktion war Benedikt Würth. Der St. Galler Mitte-Vertreter ist überzeugt,

dass die Kantone in Zivilschutzanlagen noch über Beherbergungspotenzial verfügen. Speziell: Die Kantone appellierten ans Parlament, den Kredit gutzuheissen. Der Nationalrat folgte dem Ruf, doch ausgerechnet die Kantonsvertreter liessen die Container-Vorlage abstürzen.

Roberto Zanetti (SP/SO) befürchtet, dass der Ständerat seinen guten Ruf verliert. Es sei einfach nicht ständerätlich, einen Vorschlag der Einigungskonferenz abzulehnen, sagte er gestern in der Debatte. Er wisse nicht, wann dies zum letzten Mal passiert sei. Und: «Dass wir die Interessen der Kantone derart schnöde einfach in den Wind schlagen, finde ich auch nicht ständerätlich.» (kk)